Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Mittwoch, 17. Juni	Nr. 788

Beileid des Führers zum Revaler Explosions-Unglück.

Berlin, 17. Juni. Gelegentlich des Abschiedsempfanges des Estnischen Gesandten Akel sprach der Führer und Reichskanzler dem Gesandten die aufrichtige Anteilnahme Deutschlands an dem Explosionsunglück bei Reval aus, durch das Estland so viele wertvolle Volksgenossen verloren habe.

Einheitliche Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben.

Berlin, 17. Juni. Der Führer und Reichskanzler hat auf Vorschlag des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, Dr. Frick, durch Erlaß vom heutigen Tage zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich den stellvertretenden Chef der Geheimen Staatspolizei Preußens, Reichsführer SS Heinrich Himmler, zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern ernannt.

Der Erlaß lautet wie folgt:

I. Zur einheitlichen Zusammenfassung der polizeilichen Aufgaben im Reich wird ein Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern eingesetzt, dem zugleich die Leitung und Bearbeitung aller Polizeiangelegenheiten im Geschäftsbereich des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern übertragen wird.

II. Zum Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern wird der stellvertretende Chef der Geheimen Staatspolizei Preußens Reichsführer SS Heinrich Himmler ernannt.

Er ist dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern persönlich und unmittelbar unterstellt.

Er vertritt für seinen Geschäftsbereich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern in dessen Abwesenheit.

Er führt die Dienstbezeichnung: Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.

III. Der Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern nimmt an den Sitzungen des Reichskabinetts teil, soweit sein Geschäftsbereich berührt wird.

IV. Mit der Durchführung dieses Erlasses beauftrage ich den Reichs- und Preußischen Minister des Innern."

In Ausführung dieses Führererlasses hat Reichsminister Dr. Frick den Chef der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern Himmler mit der Leitung der Polizeiabteilung des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern betraut und für den Fall seiner Abwesenheit dem Ministerialdirektor General der Polizei Daluege die Vertretung des Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern übertragen.

Der Führer und Reichskanzler hat aus diesem Anlaß folgendes Schreiben an den Ministerialdirektor General der Polizei Daluege gerichtet:

„Lieber Parteigenosse General Daluege!

Seit der Uebernahme der Macht durch den Nationalsozialismus, an deren Erringung Sie in Berlin führend beteiligt waren, haben Sie Ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Polizei zu einem schlagkräftigen Instrument des nationalsozialistischen Staates zu machen. Dies gilt insbesondere für die bisherige Landespolizei, die dank Ihrer Tätigkeit ein wertvolles Glied der Deutschen Wehrmacht werden konnte. Ihnen für Ihre Verdienste um die deutsche Polizei Dank und Anerkennung auszusprechen, ist mir ein besonderes Bedürfnis. Ich ernenne Sie zum General der Polizei.

(gez.) Adolf Hitler."

* * *

Zur Ernennung des Reichsführers SS Himmler zum Chef der deutschen Polizei erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgendes:

Der Reichsführer SS, Heinrich Himmler, war schon bisher Kommandeur der politischen Polizei aller deutschen Länder und stellvertretender Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes in Preußen, dessen Chef der Preußische Ministerpräsident ist. Durch die Unterstellung der gesamten deutschen Polizei unter den Reichsführer SS ist eine lange Entwicklung abgeschlossen, die nunmehr zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Polizei geführt hat. In Zukunft sind sowohl Schutzpolizei, Verwaltungspolizei, Gendarmerie als auch Kriminalpolizei und Geheime Staatspolizei in einer Hand vereinigt. Ihre Schlagkraft ist damit abermals erhöht.

In dem SS-Obergruppenführer Kurt Daluege, der als Ministerialdirektor im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern und als Generalleutnant der Polizei schon bisher der deutschen Polizei, mit Ausnahme der Geheimen Staatspolizei, vorstand, und dem SS-Gruppenführer Heydrich, dem Vertreter des Reichsführers SS für das Geheime Staatspolizeiamt, hat der Reichsführer SS für die neue große Aufgabe zwei bewährte Mitarbeiter, die von den Anfängen der nationalsozialistischen Bewegung an bis heute im Kampfe in vorderster Front standen und zu seinen ältesten Mitkämpfern gehören.

Empfang beim Führer.

Berlin, 17. Juni. Der Führer und Reichskanzler empfing am Mittwoch den neuernannten Deutschen Generalkonsul für Algier Dr. Hans Richter zur Abmeldung.

Dr. Goebbels unterrichtet sich über die Farbfilmentwicklung.

Berlin, 17. Juni. Am Mittwoch besuchte Reichsminister Dr. Goebbels das Schaltwerk Siemens, um sich dort über den neuesten Stand der Farbfilmversuche zu unterrichten.

Nach einem einleitenden Vortrag des Chefs des Hauses Dr. Karl Friedrich von Siemens, gelangten Farbfilmaufnahmen von den ersten Anfängen des Farbfilmes aus dem Jahre 1930 bis zur allerletzten Zeit, u. a. auch ein neuer Farbkurzfilm von Carl Froelich, zur Vorführung.

Reichsminister Dr. Goebbels äußerte seine vollste Zufriedenheit und Anerkennung über die großen Fortschritte, die das Farbfilmverfahren besonders in den letzten Monaten gemacht hat. Er ordnete an, daß die bisherigen Versuche nunmehr einer breiteren Oeffentlichkeit zugängig gemacht werden. Es steht also zu erwarten, daß demnächst der neue Farbkurzfilm von Carl Froelich in Berliner Lichtspieltheatern gezeigt werden wird.

Der Vorführung in Siemensstadt wohnten u. a. folgende Herren bei: Ministerialrat Dr. Seeger, der Präsident der Reichsfilmkammer, Professor Dr. Lehnich, der Vizepräsident der Reichsfilmkammer Hans Weidemann, Dr. Karl Friedrich von Siemens und Hermann von Siemens, Generaldirektor von Buol, die Direktoren Frenzel und Engelhorn, der Spielleiter Carl Froelich und Dr. Gretener.

Zum Budapester Besuch Dr. Schachts.

Budapest, 17. Juni. Der Präsident der Ungarischen Nationalbank, Dr. Imredy, dessen Gast Reichsbankpräsident Dr. Schacht während seines Budapester Aufenthaltes ist, erklärte dem Budapester Vertreter des DNB:

„Der Besuch des Präsidenten der Deutschen Reichsbank in Budapest bereitet mir besondere Freude. Dieser Besuch ist ein erneuter Ausdruck jener Zusammenarbeit und jener freundschaftlichen Beziehungen, die zwischen der Deutschen Reichsbank und der Ungarischen Nationalbank seit deren Gründung unverändert und ungestört bestanden haben. In der gegenwärtigen Ordnung der gebundenen Wirtschaft steht den beiden Notenbanken in der Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn eine wichtige Rolle zu, deren Bedeutung auch aus den ziffernmäßigen Ergebnissen des gegenseitigen Güteraustausches ersichtlich ist. Ist es doch allbekannt, welchen Aufschwung der gegenseitige Güteraustausch der beiden Länder in den letzten Jahren erfuhr. Wir hoffen, daß sich unser hoher Gast, dessen Persönlichkeit und außerordentlichen Leistungen in allen Kreisen des ungarischen Wirtschaftslebens die größte Hochachtung entgegengebracht wird, in unserem Kreise wohlfühlen wird."

Der Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht findet in den hiesigen maßgeblichen Kreisen und in der breiten Oeffentlichkeit besonderes Interesse. Man weist hierbei auf die außerordentliche Bedeutung des deutsch-ungarischen Wirtschaftsverkehrs hin, der sich in der letzten Zeit immer weiter entwickelt habe und eine immer bedeutungsvollere Rolle in dem Wirtschaftsleben der beiden Völker spiele. In dem Besuch Dr. Schachts erblickt man hier einen neuen Ausdruck der wirtschaftlichen Interessenverbundenheit zwischen Deutschland und Ungarn.

Sämtliche Blätter berichten an leitender Stelle ausführlich über das Eintreffen des deutschen Reichsbankpräsidenten und heben die hohen Fähigkeiten und den internationalen Ruf von Dr. Schacht hervor.

Dr. Ley auf Burg Crössinsee.

Crössinsee (Pommern), 17. Juni. Die Reichstagung der 800 Kreiswalter auf Burg Crössinsee hat durch das Erscheinen des Reichsleiters Dr. Ley ihren Höhepunkt erreicht. Dr. Ley wird sich bis Donnerstag mittag inmitten der 800 Kameraden auf der Burg aufhalten.

Beschäftigte sich Dr. Ley am Dienstag abend in seiner ersten Rede mit der weltanschaulichen Fundamentierung des Schaffens der Deutschen Arbeitsfront, so stellte er am Mittwoch vormittag in seiner zweiten Rede die Aufgaben der sozialen Betreuung in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Dr. Ley betonte dabei, daß niemand dem Einzelnen den Kampf abnehmen könne, daß es aber das erste Erfordernis gerade der Kreiswalter der Deutschen Arbeitsfront sei, die deutschen Menschen für diesen Kampf stark zu machen und mit den besten Waffen auszurüsten. Bei der Verfolgung dieses Zieles müsse im Vordergrund die Gesunderhaltung des deutschen Volkes stehen.

„Sorgen Sie mir dafür, daß das schaffende deutsche Volk kräftig bleibt", rief Dr. Ley seinen Hörern zu. Hierbei wies er besonders auf die Tätigkeit der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" hin und behandelte als eine der hauptsächlichsten Fragen die Urlaubserteilung und -gestaltung für arbeitende deutsche Menschen.

„Der Urlaub soll Erholung sein. Diese hat ihren Sinn nicht darin, daß nun der Erholungsbedürftige unbedingt die Menschen flieht; denn der Mensch, der in den Urlaub geht, ist ja nicht auf jeden Fall ein Kranker. Der gesunde Urlauber soll die Menschen suchen, dem ist die Gemeinschaft allein schon ein Erlebnis! Wir wollen dem Volke und müssen dem Volke Lebensenergien durch „Kraft durch Freude" vermitteln. Das ist kein Zugeständnis an die primitive Vergnügungssucht, nein — das ist die Aufgabe reiner wahrer Freude. Unsere Freude kommt aus unserer ganzen Lebensauffassung, aus unserem Blut und unserer Rasse! Zur Erholung gehört, daß wir dem Urlauber seine Sorgen nehmen. Dies soll in weitem Maße in dem neuen Seebad auf Rügen geschehen."

Dr. Ley erörterte dann die Aufgaben der übrigen KdF-Aemter. So habe zum Beispiel das Amt Feierabend seine Aufmerksamkeit auf die eigentliche Ausrichtung der Festgestaltung auch im letzten Dorf zu richten. Nach einer Darlegung der Ziele von „Schönheit der Arbeit" und des Zieles des deutschen Volksbildungswerkes behandelte der Reichsorganisationsleiter das Problem der Siedlung. Zunächst gelte es, die Voraussetzungen für die Durchführung eines großen, kürzlich auch dem Führer vorgetragenen Siedlungsplanes zu schaffen.

Besonders eindrucksvoll schilderte Dr. Ley auch die Berufsausbildung, wie er sie wünsche, und wie sie auch bereits durch seine beauftragten Mitarbeiter in die Wege geleitet sei. Im Vordergrund stehe dabei der Grundsatz, daß Deutschland einst keine ungelernten Arbeiter mehr aufweisen dürfe. Aus der planmäßigen Berufserziehung ergebe sich folgerichtig auch eine planmäßige Arbeitsführung.

Dr. Ley schloß seine Rede mit der Aufforderung an die Kreiswalter, ihre ganze Person zur Förderung und Erreichung der von ihm dargelegten Ziele einzusetzen.

Der Streik in den elsässischen Kalibergwerken beigelegt.

Paris, 17. Juni. Der am Mittwoch morgen in den elsässischen staatlichen Kalibergwerken ausgebrochene Streik wurde bereits im Laufe des Nachmittags beigelegt. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung von 10 bis 15 v. H. und werden die Arbeit am Donnerstag wieder aufnehmen.

Zwei Gesetzentwürfe im Senat angenommen.

Paris, 17. Juni. Der Senat nahm am Mittwoch die beiden Gesetzentwürfe über Milderung der Notverordnungen für die Beamten und für die Frontkämpfer an.

Französische Frontkämpferabordnung bei Delbos.

Paris, 17. Juni. Außenminister Delbos empfing am Mittwoch unter der Führung des Abgeordneten Planche eine Abordnung ehemaliger Frontkämpfer, die in einer Entschließung unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer kollektiven Sicherheit auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens fordern, die französische Regierung möge die Stärkung des Völkerbundes und die Einberufung einer internationalen Konferenz unter der Schutzherrschaft des Völkerbundes beantragen, die allen Ländern in unbedingter Gleichberechtigung offen stehe und zur Erreichung des abgerüsteten Friedens die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu prüfen und zu lösen haben solle.

Das Kabinett billigt Edens Erklärungen.

London, 17. Juni. Wie verlautet, hat das britische Kabinett in seiner Mittwoch-Sitzung die Erklärung gebilligt, die Eden am Donnerstag nachmittag im Unterhaus abgeben wird.

Es wird bekanntlich allgemein angenommen, daß die britische Regierung bereit sei, die Sanktionen aufzugeben, falls dies in Genf beschlossen wird.

Rom dementiert neue Forderungen.

Rom, 17. Juni. Von maßgebender italienischer Seite wird am Mittwoch abend die Auffassung zurückgewiesen, daß Italien im Hinblick auf die Möglichkeit einer Aufhebung der Sanktionen neue Forderungen gestellt habe. Die Aufhebung der Sanktionen, so wird hinzugefügt, werde von Italien als ausreichender Beweis für die Anerkennung des vom Völkerbund gegen Italien begangenen Rechtsirrtums betrachtet werden.

Zu den Meldungen, es seien bereits Besprechungen über die Mittelmeerfrage im Gange, wird in zuständigen italienischen Kreisen versichert, daß in Rom über solche Besprechungen nichts bekannt sei.

Schweizer Nationalrat lehnt 40-Stunden-Woche ab.

Basel, 17. Juni. Der Schweizer Nationalrat hat die Ratifikation des internationalen Uebereinkommens über die 40-Stunden-Woche mit 72 gegen 41 Stimmen abgelehnt.

Von der Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 17. Juni. Die Internationale Arbeitskonferenz hat einen Abkommensentwurf über die Rekrutierung eingeborener Arbeiter angenommen. Zur Abschaffung gewisser Mißstände wird auch eine Konzessionspflicht eingeführt, solange die von den Arbeitnehmern verschiedener Länder gewünschte Ersetzung der Rekrutierung durch ein freiwilliges Angebot von Arbeitskräften nicht erreicht werden kann. Die zuständigen Behörden sollen insbesondere alle Maßnahmen treffen, um bei der Heranziehung von Arbeitskräften einen irregulären Zwang und eine Schädigung der betreffenden Eingeborenen-Gemeinschaften zu verhüten. Den Häuptlingen und Würdenträgern soll verboten werden, als Rekrutierungsagenten tätig zu sein, einen Druck auf die Eingeborenen auszuüben oder von irgendjemandem eine besondere Belohnung oder einen besonderen Vorteil für ihre Mitarbeit bei der Rekrutierung anzunehmen. Die rekrutierten Arbeiter müssen einem öffentlichen Beamten vorgestellt werden, der sich zu vergewissern hat, daß die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten wurden und weder unerlaubter Druck noch Betrug oder Irrtum vorgelegen haben. Die Rekrutierung eines Familienoberhauptes darf sich nicht auf die Familienmitglieder erstrecken, jedoch soll den Arbeitern nach Möglichkeit gestattet werden, ihre Familien an den Ort der Arbeit mitzunehmen.

Die praktisch einschneidendste Bestimmung des Entwurfs bildet offenbar der Art. 20, wonach der Arbeitgeber die Reisekosten bis zur Arbeitsstätte zu tragen hat. Die südafrikanischen Arbeitgeber hatten hierzu den Zusatzantrag gestellt, daß diese Bestimmung nicht gelten solle, wenn sie der örtlichen Gepflogenheit widerspreche und wenn bei Festsetzung der Löhne die dem Arbeiter erwachsenden Reisekosten angemessen berücksichtigt seien. Dieser Antrag wurde von dem südafrikanischen und dem englischen Regierungsvertreter unterstützt, aber mit Stimmengleichheit von der Konferenz abgelehnt.

Tagung der Nachrichtenbüros.

Stockholm, 17. Juni. Die verbündeten Nachrichtenbüros der einzelnen Länder sind unter dem Vorsitz des Direktors des Havas-Büros, Meynot, zu ihrer alljährlichen Tagung zusammengetreten. Das schwedische Nachrichtenbüro „Tidningarnas Telegrambyra" gab zu Ehren der Tagungsteilnehmer ein Frühstück. Hieran schloß sich eine Besichtigung der Stadt Stockholm und ein Ausflug in die Umgebung.

Steuersteckbrief und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 17. Juni. Gegen die nachstehend aufgeführte Steuerpflichtige ist ein Steuersteckbrief erlassen worden:

Rentiere Carola von Heyden, geb. Freiin von Thielmann, zuletzt wohnhaft in Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 154 a, bei Neubert, zur Zeit in Nizza, Grand Palais, vom Finanzamt Wilmersdorf-Nord wegen Reichsfluchtsteuer von 35 369.75.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die oben genannte Steuerpflichtige, falls sie im Inland betroffen wird, vorläufig festzunehmen und gemäß § 11 Abs. 2 der genannten Verordnung unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

LIBRARY
JUL 16 1936
UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.